

Der Baden-Württemberg-Check: Stimmung vor der Kommunalwahl



Um das Thema Wohnraum sorgen sich viele Menschen im Südwesten laut dem aktuellen Baden-Württemberg-Check. 62 Prozent halten mehr bezahlbaren Wohnraum für besonders wichtig. Foto: Sven Hoppe/dpa

Was Bürger sich von Städten und Gemeinden wünschen

Von Wohnen über Flüchtlinge bis Verkehr: Vor der Kommunalwahl im Juni beschäftigen die Menschen viele Themen

Zur Serie

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengeschlossen. Die Meinungsforscher befragten mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im aktuellen



Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um die Stimmung vor den Kommunalwahlen im Juni.

Von Dieter Klink

Karlsruhe. In zwei Monaten stehen in Baden-Württemberg die Kommunalwahlen an. Wie der Baden-Württemberg-Check, die Umfrage des Instituts Allensbach im Auftrag der Tageszeitungen im Südwesten, ergab, brennt dabei vor allem ein kommunales Thema den Bürgern unter den Nägeln: der Wohnungsbau.

Wichtige Themen:

62 Prozent der Bevölkerung im Südwesten halten es laut der Umfrage für besonders wichtig, dass in ihrer Stadt beziehungsweise Gemeinde mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Dahinter folgen die Themen Ärztesversorgung und Flüchtlingssituation. 45 Prozent fordern von Politik und Verwaltung, dass sie sich verstärkt um eine ausreichende Versorgung mit Ärzten bemühen, 38 Prozent eine bessere Bewältigung der Flüchtlingssituation, ebenso viele einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Die Sanierung von Straßen halten 36 Prozent für besonders dringlich, die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten 31 Prozent und die Bekämpfung des Lehrermangels 30 Prozent.

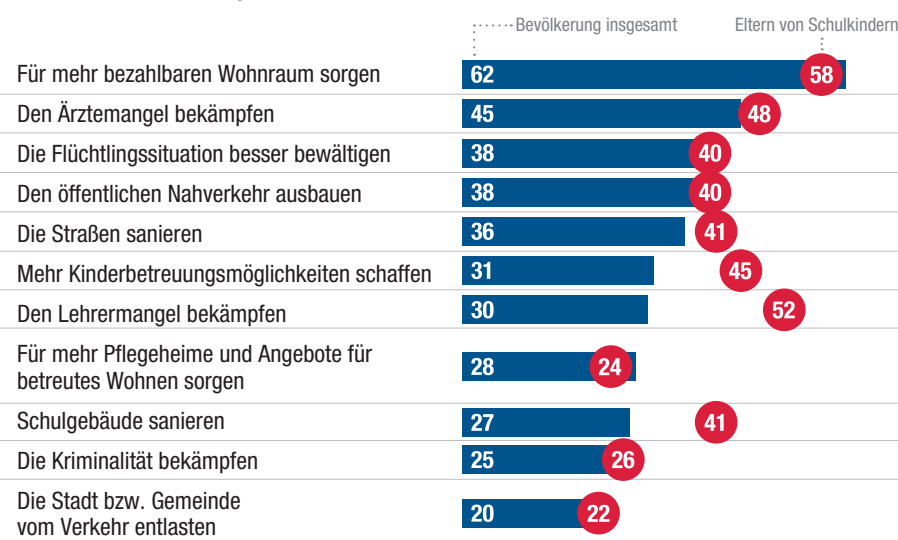
Betroffenheit:

Teilweise ist die Agenda dabei von persönlicher Betroffenheit geprägt. So fordern Eltern von Schulkindern von der Kommunalpolitik weit überdurchschnittlich, dass sie den Lehrermangel bekämpft, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten schafft und Schulgebäude saniert.

Während 31 Prozent der Bevölkerung mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten besonders wichtig sind, gilt dies für 45 Prozent der Eltern von Schulkindern. Die Bekämpfung des Lehrermangels halten 30 Prozent der Bevölkerung, aber 52 Prozent der Eltern von Schulkindern für besonders wichtig, die Sanierung von Schulgebäuden 27 Prozent der Bevölkerung, aber 41 Prozent der Eltern von Schulkindern. Auch sind die Herausforderungen in den Städten teilweise andere als auf dem Land. So

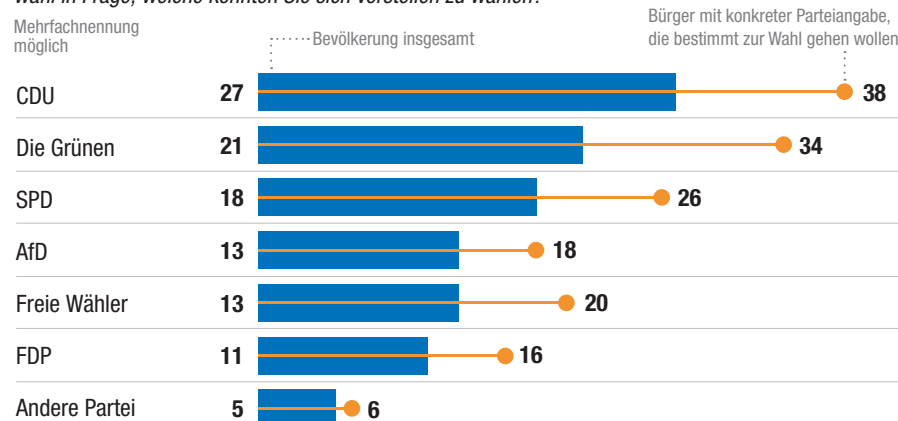
Die lokale Agenda der Bürger

„Wenn Sie einmal an Ihre Stadt bzw. Gemeinde denken: Worum müssten sich Politik und Verwaltung bei Ihnen vor Ort vor allem kümmern?“



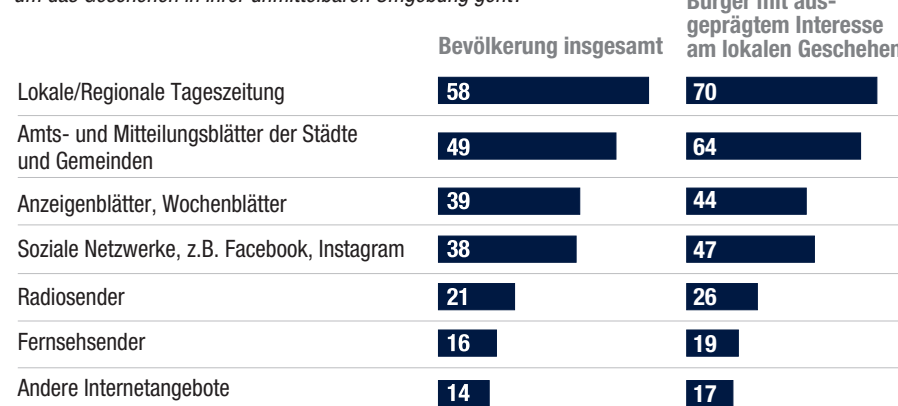
Die aktuellen Potenziale der Parteien

„Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der Kommunalwahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?“



Informationsquellen über das lokale Geschehen

„Wo informieren Sie sich, wenn es um das Geschehen in Ihrem Wohnort, um das Geschehen in Ihrer unmittelbaren Umgebung geht?“



Basis: BBaWü, Bevölkerung ab 18 Jahre | Quelle: Allensbacher Archiv

halten es auf dem Land lediglich zwölf Prozent der Bevölkerung für besonders wichtig, dass die Kriminalität bekämpft wird, in den großen Städten dagegen 36 Prozent.

Umgekehrt ist es bei der Bewertung des öffentlichen Nahverkehrs. Da hält jeder zweite Einwohner in den Dörfern den Ausbau für dringlich, während dies nur

jeder Dritte in den mittleren und großen Städten fordert.

Parteienpräferenz:

Bei der Frage, welche Partei oder welche Parteien bei der Kommunalwahl infrage kommen, hat die CDU die beste Ausgangslage. Sie kommt für 27 Prozent der Wahlberechtigten in Betracht, ge-

folgt von den Grünen mit 21 Prozent und der SPD mit 18 Prozent. AfD und Freie Wähler kommen zurzeit für jeweils 13 Prozent der Wahlberechtigten infrage, die FDP für elf Prozent.

Eine andere Partei würden fünf Prozent bevorzugen. Weil Mehrfachnennungen möglich waren, beträgt der Gesamtwert aller Parteiwahlmöglichkeiten mehr als 100 Prozent.

Analysiert man nur Bürger mit konkreter Parteiangabe, also diejenigen, die schon wissen, welche Parteien für sie in Betracht kommen, vergrößert sich der Abstand zwischen CDU, Grünen und den kleineren Parteien. Für 38 Prozent der Bürger mit konkreter Parteiangabe, die bestimmt zur Wahl gehen wollen, kommt die CDU infrage, für 34 Prozent die Grünen und für 26 Prozent die SPD. Die AfD erreicht in diesem Kreis ein Potenzial von 18 Prozent, die Freien Wähler von 20 Prozent, die FDP von 16 Prozent. Da auch hier Mehrfachnennungen von Parteien möglich waren, beläuft sich die Gesamtsumme der Ergebnisse auf mehr als 100 Prozent.

Kommunalpolitisches Engagement:

Wer kann sich nun persönlich ein Engagement auf kommunalpolitischer Ebene vorstellen? Für 68 Prozent kommt dies nicht in Betracht. Nur eine kleine Minderheit von drei Prozent hat sich schon einmal bei einer Kommunalwahl aufstellen lassen. Immerhin neun Prozent haben jedoch schon konkret darüber nachgedacht, ob sie sich nicht auf diesem Wege kommunalpolitisch engagieren wollen; für weitere 13 Prozent käme diese Option grundsätzlich infrage.

Dabei gibt es signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen: 60 Prozent der Männer, aber 76 Prozent der Frauen schließen für sich ein kommunalpolitisches Engagement aus. Der Kreis der Männer, die schon konkret über eine Kandidatur nachgedacht haben, ist doppelt so groß wie bei den Frauen: Zwölf Prozent der Männer, aber nur sechs Prozent der Frauen haben sich schon einmal intensiver mit dem Gedanken befasst.

Berichterstattung:

Die Demoskopien aus Allensbach haben für den Baden-Württemberg-Check auch die Frage gestellt, für wie wichtig es die Menschen halten, dass in den Medien ausführlich über das Geschehen in der Kommune und die Kommunalpolitik berichtet wird. 35 Prozent der Bürger in Baden-Württemberg halten diese Berichterstattung für sehr wichtig, weitere 47 Prozent für wichtig, lediglich 13 Prozent für weniger wichtig oder unwichtig. Auch in der jungen Generation messen 80 Prozent der Berichterstattung über das lokale Geschehen große Bedeutung bei.

Informationsquelle Tageszeitung:

Die wichtigste Informationsquelle über das lokale Geschehen ist dabei laut der Umfrage die regionale Tageszeitung. 58 Prozent der Bevölkerung informieren

sich demnach in einer regionalen Tageszeitung wie den BNN, 49 Prozent teilweise auch in den Amts- und Mitteilungsblättern der Städte und Gemeinden.

Mit einigem Abstand folgen Anzeigenblätter und soziale Netzwerke, die von knapp vier von zehn Bürgern für die Information über das lokale Geschehen genutzt werden.

Dabei ist das Informationsverhalten generationsgebunden. Soziale Netzwerke spielen bei den 60-Jährigen und Älteren eine weit unterdurchschnittliche Rolle: Nur jeder fünfte 60-Jährige und Ältere informiert sich über das lokale Geschehen auch in sozialen Netzwerken,



Fehlenden ÖPNV bemängeln viele Bürgerinnen und Bürger. Foto: René Ronge

dagegen knapp zwei Drittel in der regionalen Tagespresse. In der Altersgruppe unter 30 Jahren sowie bei den 30- bis 44-Jährigen liegen die regionalen Tageszeitungen und die sozialen Netzwerke gleichauf. Gut jeder Zweite von den 30- bis 44-Jährigen nutzt die regionale Tagespresse für die Information über das lokale Geschehen, ebenso viele auch soziale Netzwerke.

Die regionale Tagespresse und die offiziellen Mitteilungsblätter der Kommunen führen aber nicht nur bei der Information über das lokale Geschehen, sondern auch beim Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Informationen. Knapp 60 Prozent der Bevölkerung halten die lokale Tagespresse wie auch die Amts- und Mitteilungsblätter der Städte und Gemeinden für vertrauenswürdiger; mit großem Abstand folgen die Anzeigenblätter, Radio- und Fernsehsender. Soziale Netzwerke werden nur von 18 Prozent als vertrauenswürdige Informationsquellen über das lokale Geschehen angesehen.